

Presseinformation, Berlin, 03.07.2023

## **Differenzierte Stimmen aus der Politik zum PFAS-Verbot mehren sich SPECTARIS beim Krisengipfel im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg dabei / Engagement auch anderer Länderressorts erforderlich**

Nach einem Gespräch zum geplanten PFAS-Verbot mit der Wirtschaftsministerin von Baden-Württemberg, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, begrüßt der Industrieverband SPECTARIS die differenzierte Haltung der Ministerin. „Ein breiter Branchenquerschnitt, von der Automobil- über die Halbleiter- bis zur Medizintechnikbranche, hat bei diesem Krisengipfel gezeigt, wie massiv alle Industriebereiche von den Plänen der EU betroffen sind“, betonte SPECTARIS-Geschäftsführer Jörg Mayer.

Nach dem Gespräch, an dem Vertreter von Unternehmen, Verbänden und Forschungseinrichtungen teilnahmen, erklärte die Wirtschaftsministerin: „Selbstverständlich ist ein sehr sorgfältiger Umgang mit den Stoffen notwendig, um Mensch und Umwelt bestmöglich zu schützen. Doch ebenso selbstverständlich notwendig ist eine differenziertere Betrachtungs- und Vorgehensweise, eine genaue Abwägung zwischen dem Nutzen für Mensch, Umwelt und Gesellschaft und den Risiken, die bei der Verwendung dieser Stoffe auftreten können. Diesen Prozess anzustoßen und gemeinsam mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu gestalten, ist mein Ziel.“

Mayer: „Auch bei diesem Gespräch zeigte sich, dass das Thema zu komplex für pauschale Beurteilungen ist, die sowohl unterschiedliche Risiken von Stoffen und Stoffgruppen als auch Auswirkungen auf Gesellschaft und Technologien ignorieren.“ Und weiter: „Man kann nicht davon ausgehen, dass das laufende ECHA-Verfahren die Funktionsfähigkeit unserer Hightech-Industrien angemessen berücksichtigt. In keiner der Hightech-Branchen ist es möglich, die Gesamtheit der Lieferketten innerhalb des Konsultationszeitraums auf die PFAS-Verwendung, geschweige denn Alternativen, zu analysieren. Somit wird es am Ende dieses Verfahrens keine gesicherte Datenlage geben.“

PFAS sind Hochleistungswerkstoffe, die wegen ihrer besonderen Eigenschaften zu den wichtigsten Industriechemikalien zählen. Anfang 2023 wurde der Entwurf einer umfassenden Beschränkung von PFAS bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eingereicht und damit ein pauschales Beschränkungsverfahren eingeleitet. Ziel ist es, die Herstellung und Verwendung aller PFAS zu verbieten, unter anderem auch das Inverkehrbringen von PFAS-haltigen Erzeugnissen in die EU. Die einheitliche Begründung für das pauschale Verbot einer ganzen Stoffgruppe von über 10.000 Einzelsubstanzen ist ihre persistente Eigenschaft, das heißt, sie werden in der Natur nicht abgebaut. Zahlreiche PFAS-Stoffgruppen, die sogenannten „PFAS of low concern“ werden von Wissenschaftlern jedoch als wenig bedenklich eingestuft.

Alle anwesenden Branchen berichteten im Ministerium davon, dass nur ein kleiner Teil der mittelständischen Unternehmen überhaupt in der Lage sei, sich substanziiell mit Angaben zu Verwendungen an der Konsultation zu beteiligen, was die Notwendigkeit von gruppenbasierten Ausnahmen verstärkt. Mayer: „Es ist überaus wichtig, dass sich weitere Länderressorts zu Wort melden und Einspruch gegen das laufende Verfahren erheben, nicht nur Wirtschaftsministerien, sondern auch Gesundheits- und Forschungsministerien.“

Das SPECTARIS-Positionspapier zu PFAS finden Sie [hier](#).

*SPECTARIS ist der Deutsche Industrieverband für Optik, Photonik, Analysen- und Medizintechnik mit Sitz in Berlin. Der Verband vertritt 400 überwiegend mittelständisch geprägte deutsche Unternehmen. Die Branchen Consumer Optics (Augenoptik), Photonik, Medizintechnik sowie Analysen-, Bio- und Labortechnik erzielten im Jahr 2022 einen Gesamtumsatz von rund 84 Milliarden Euro und beschäftigten rund 342.0000 Menschen.*